

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter

Nr. 29

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 22. Juli 1927.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 20 Pfennig. Stellenangebote und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlagsamt befinden sich Köln, Benloerwall 9. Telephonruf West 61546. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

28. Jahrg.

Hohe Löhne - niedrige Preise - gesunde Wirtschaft

Als stärkstes Problem steht leider noch immer im Vordergrund, wie der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not in Deutschland abgeholfen werden kann, und wir müssen feststellen, daß trotz der vielen Reden, die hierüber gehalten worden, und der vielen Bücher, die diesbezüglich geschrieben, wirklich tatkräftige und ausschlaggebende Mittel zur Lösung dieses Problems noch nicht gefunden worden sind. Ganz Europa befindet sich bekanntlich in einer ähnlichen Lage wie Deutschland, wenn auch in einigen anderen europäischen Ländern die Verhältnisse doch etwas günstiger liegen als gerade bei uns. Dies soll uns veranlassen, einen Blick einmal nach Amerika zu werfen, welches im Gegensatz zu Europa über eine blühende Wirtschaft und einen zunehmenden Wohlstand verfügt, und zwar trotz der heutigen zerrissenen internationalen Wirtschaftslage. Dieser zunehmende Wohlstand der Massen in Amerika kann nicht allein darauf beruhen, daß die Vereinigten Staaten die Gläubigerin der ganzen Welt geworden sind, sondern er muß vor allem anderweitige innere Ursachen haben und Mittel aufweisen, von denen das alte Europa in seiner konservativen Einstellung bisher nur wenig Gebrauch gemacht hat.

Der zunehmende Wohlstand eines Landes wird am besten an der breiten Masse des Volkes gemessen und das sind bekanntlich die Arbeitnehmer. Die ständig wachsenden Sparsparlagen, die fast ausnahmslos in Amerika von den Arbeitnehmern geleistet werden, haben in den letzten sieben Jahren sich regelmäßig um 100 Millionen Dollar jährlich vermehrt, ein Zeichen, daß die Arbeitnehmerbevölkerung gerade in den letzten Jahren zu einem gewissen Wohlstande gelangt ist, und bezeichnenderweise ist dieser Wohlstand besonders in den Industriebezirken festzustellen. Bezeichnend ist auch, daß die Arbeitnehmer dort eine Stufe der Lebenshaltung und Bildung erreicht haben, die in ihrer Höhe mit keinem anderen Lande verglichen werden kann.

Dieser Aufschwung des amerikanischen Volkes liegt einmal auf technischem Gebiet, indem es in geradezu erstaunlichem Maße und in vorbildlicher Ausführung Zeit und Mühe sparende Maschinen eingeführt hat; zum anderen, und dies ist überaus wichtig, auf dem Gebiete der Lohnpolitik. Der Amerikaner ist bezüglich der Lohnpolitik in jeder Weise fortschrittlicher eingestellt als der Europäer, und wenn wir uns in Deutschland dieser Einstellung nicht anschließen, so werden wir mit unserer Wirtschaft stets im Rückstand bleiben. Bei uns wird die Entlohnung auf Grund von Lohnverträgen vorgenommen. Dieser Tarif ist seitens der Arbeitgeber in der Regel ein fester Satz geworden, über den hinauszuweichen sie keineswegs geneigt sind. Dabei haben die Lohnverträge im Grunde genommen doch nur den Zweck, den Arbeitnehmern ein Existenzminimum zu sichern. Sie stellen daher wohl Minimaltarife, aber keine Maximaltarife dar, und die Einstellung der Arbeitgeber bedeutet für die Wirtschaft ein Manko, da dadurch die Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers infolge Nichtanerkennung sich nicht produktiv auswirken kann.

Ein amerikanischer Professor der Volkswirtschaft, der die deutschen Verhältnisse eingehend studiert hat, berichtet folgendermaßen:

„Die Ursache des Vorhandenseins von Erwerbslosen in Deutschland ist darin zu suchen, daß die deutsche Industrie für ihren Produktionsüberschuß im Ausland wegen zu hoher Preise keinen Absatz finden kann. In Deutschland verdient der Arbeiter 10 Dollar die Woche und kann doch gegen den amerikanischen Arbeiter, der 40 Dollar wöchentlich verdient, nicht konkurrieren. Man hat eingesehen, daß die Arbeitsleistung ungenügend ist und sucht die Fehler abzustellen. Deutschland sowohl wie England bekommen aus der Arbeitseinheit eine ungenügende Leistung. Dasselbe war in den Vereinigten Staaten noch 1920 der Fall.“

Diese Ausführungen des Amerikaners sind ebenso treffend wie bezeichnend. Die deutschen Arbeitgeber stehen noch vielfach auf dem hergebrachten Standpunkt, daß die Preise ihrer Produkte im wesentlichen durch den Arbeits-

lohn bestimmt würden. Aber wir sehen aus obigen Ausführungen, daß Amerika trotz des weit höheren Arbeitslohnes die Weltwirtschaft viel billiger beliefern kann als wir. Unser Fehler liegt also in der ungenügenden Arbeitsleistung, die teils auf technischem Gebiet liegt, zum andern Teil auch darin, daß wir infolge unserer verkehrten Lohnpolitik und der damit verbundenen niedrigeren Bezahlung den Arbeitnehmern nicht den nötigen Anreiz geben zur vollen Entfaltung ihrer Tätigkeit. Die Amerikaner haben es verstanden, das Lohnsystem durch hohe Löhne zu einer Politik der Arbeitgeber zu machen, und sie erzielen tatsächlich dadurch vermehrten Umsatz und höheren Gewinn. Dieser Widerspruch der deutschen Arbeitgeber gegen die Entlohnung nach der Leistungsfähigkeit ist um so unbegreiflicher, als es klar auf der Hand liegt, daß der Anreiz zu Höchstleistungen nur durch gute Bezahlung gegeben ist. Es ist daher vollkommen falsch, die Entlohnung in irgend einer Form nach oben hin beschränken zu wollen.



**Was du erstrebst, erstreb mit ganzer Seele.
Derstand rät nur, gibt keine Kraft,
In deinen Zielen mußt du leben,
Die starke Seele Großes schafft!**

G. H.



Hierhin gehört auch die in Deutschland so beliebte Methode der Reduzierung der Akkordlöhne, die das Vertrauen des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber erschüttert und der Produktivität des Werkes zweifellos sehr nachteilig ist. Die Bezahlung nach der Leistungsfähigkeit wird die Arbeitnehmer auch anreizen, den Betrieb zu verbessern, Zeit und Arbeit zu sparen, und die Aufsicht im Werke wird zum großen Teil dadurch überflüssig.

Eine hohe Entlohnung der Arbeitnehmer liegt weiter auch im Interesse sowohl der Allgemeinheit, als auch des Arbeitgebers selbst. Es ist kein Zufall, daß in Deutschland der Inlandsmarkt, auf den wir doch in erster Linie mit angewiesen sind, so sehr daniederliegt. Der Grund hierfür liegt vor allem in der nicht zeitgemäßen Entlohnung der Arbeitnehmer, die in ihrer großen Masse doch letztlich ausschlaggebend sind für den Inlandsverbrauch. Je höher der Lohn, desto mehr wird der Arbeitnehmer in die Lage versetzt, sein Leben reicher zu gestalten, er bekommt weitere Bedürfnisse, die befriedigt werden wollen, und somit werden die höheren Löhne Träger des Verbrauchs, den zu befriedigen wiederum Angelegenheit der Arbeitgeber ist. Diese erweisen sich also durch eine gute Bezahlung ihrer Arbeitnehmer selbst den besten Dienst, und eine Niedrighaltung der Löhne oder gar eine Reduzierung derselben schädigt nicht nur sie selbst, sondern darüber hinaus auch die Allgemeinheit, und somit ist eine gute Entlohnung nicht nur eine Angelegenheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern direkt eine Forderung der deutschen Volkswirtschaft. Es ist zu wünschen, daß die alte Theorie von der Wirtschaftlichkeit hoher Löhne in Deutschland endlich einmal in die Praxis übertragen wird, wie es in Amerika so erfolgreich geschehen ist.

Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer und damit zur Erhöhung und Verbilligung der Produktion ist es ferner unbedingt nötig, daß für jeden tätigen Arbeitnehmer nach seiner Leistung Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden, und zwar bis zu den höchsten Stellen. Leider hat sich mit dem Aufstieg unserer Industrie eine Klassifizierung entwickelt, welche die Aufstiegsmöglichkeiten zum Schaden des Werkes wesentlich beschränkt. So kommt es, daß oft ein tüchtiger Mann eine niedrigeren Stellung einnimmt, als ein weniger Befähigter. Eine der vornehmsten Aufgaben des Unternehmensleiters muß es sein, den richtigen Mann

an den richtigen Platz zu setzen, und zwar ganz ohne Rücksicht auf sein Herkommen und seine Vorbildung. Hat jeder Arbeitnehmer die Gewißheit, auf Grund seiner Leistungsfähigkeit voranzukommen, dann wird dies für ihn zweifelsohne wiederum ein Ansporn sein, im Interesse des Unternehmens das Höchstmögliche herzugeben. Wie die Verhältnisse heute in der deutschen Industrie liegen, ist diese Aufstiegsmöglichkeit den meisten Arbeitnehmern auf Grund der herrschenden Klassifizierung gesperrt, und zwar sehr zum Schaden der deutschen Wirtschaft. Diese Aufstiegsmöglichkeit löst gleiche Wirkungen aus wie eine hohe Entlohnung, sie bringt den Arbeitnehmer wieder in seelischen Kontakt zum Betriebe, der heute durch die Schuld der Arbeitgeber mehr oder weniger verloren gegangen ist.

Wie schon oben erwähnt, stehen zum größten Teil unsere Arbeitgeber auf dem Standpunkt, daß der Preis der Produkte in erster Linie bestimmt wird durch die Höhe der Entlohnung und daß bei einer Steigerung der Löhne sich unbedingt entsprechend die Produkte verteuern müßten. Damit müßten sich dann auch die Herstellungskosten für die Güter des täglichen Verbrauchs entsprechend erhöhen. Diese Ansicht, welche heute eigentlich schon überholt sein sollte, ist völlig irrig, wie uns das Beispiel von Amerika lehrt. Der Index des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten für die Lohn- und Preisbewegungen in den Jahren 1920—1925, wobei die für 1913 maßgeblichen Ziffern mit 100 angenommen sind, zeigt uns, daß z. B. im Jahre 1920 die Lohnhöhe 199 und die Großhandelspreise aller Bedarfsartikel 226 betrug, während 1924 die Lohnhöhe 228 und die Großhandelspreise 150 ausmachten. Wir sehen also in dem Zeitraum von 1920—1925 einerseits ein starkes Ansteigen der Lohnhöhe, andererseits ein fast ebenso starkes Fallen der Preise, der beste Beweis dafür, daß die Lohnhöhe auf die Preise der Produktionsgüter nicht ausschlaggebend zu wirken braucht. Hierin liegt auch das Geheimnis des Wohlstandes der amerikanischen Arbeitnehmer.

In Europa ist es noch meistens der Fall, daß Löhne und Preise gemeinsam steigen und fallen. Es beruht dies einmal darauf, daß die Rationalisierung in Deutschland durch Einführung Zeit und Mühe sparender Einrichtungen noch nicht völlig durchgeführt ist, zum andern, daß die Arbeitgeber sich nicht dazu entschließen können, ihre Arbeitnehmer über den Lohnverträge hinaus im Verhältnis zur Leistung zu entlohnen. Würde man endlich einmal mit dieser veralteten Methode brechen, so würden wir auch in Deutschland einen wirtschaftlichen Aufschwung verzeichnen können. Restlos durchgeführte Rationalisierung und hohe der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer angepaßte Löhne sind Voraussetzungen für niedrige Herstellungskosten der Fabrikationsartikel und der beste Weg, das Volk wieder einem gewissen Wohlstande zuzuführen.

Leider ist einerseits die Rationalisierung in Deutschland noch nicht restlos durchgeführt, zum andern steht man vielfach dem Prinzip der Rationalisierung noch feindlich gegenüber, weil man der Ansicht ist, daß sie sehr viele Arbeitnehmer überflüssig und brotlos macht. Dies letztere kann nur der Fall zur Zeit des Überganges sein, denn grade sie soll den Boden für neue Tätigkeit der Arbeitnehmer schaffen. Infolgedessen ist es auch falsch, von Arbeit sparenden Maschinen zu sprechen, sondern es handelt sich darum, Mühe durch Anschaffung rationaler Maschinen zu sparen. Durch Zeit und Mühe sparende Arbeitsmethoden kann die Produktion ganz bedeutend verbilligt und vermehrt werden, und sie geben daher Anlaß zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. So sehen wir, daß z. B. Ford grade durch die Rationalisierung die enorme Zahl von 200 000 Arbeitern beschäftigt und daß er andererseits Löhne bezahlt, die in der Welt einzig dastehen. Es ist also sehr wohl möglich, die Produktionspreise fortwährend zu verbilligen unter gleichzeitiger Steigerung der Arbeitslöhne. Wenn wir auch in Deutschland theoretisch das Geschäftsprinzip anerkennen, daß eine hohe Produktion oder ein großer Umsatz zu niedrigen Preisen lohnender ist als das Streben nach hohen Preisen, so vernachlässigen wir doch sehr häufig

dieses Geschäftsprinzip zu unser aller Schaden. Wir brauchen hierbei nur einmal an die zahlreichen Preiskonventionen zu denken, die in Deutschland ein Sinken der Produktionspreise verhindern und damit ein Hindernis für die Rationalisierung und für hohe Löhne bilden. Ford hat seine Geschäfts- und Betriebsmethoden stets ohne Rücksicht auf die Konkurrenz durchgeführt und sein Erfolg beweist die Wichtigkeit und Wichtigkeit seiner wirtschaftlichen Maßnahmen. Eine richtig durchgeführte Rationalisierung muß also einerseits vermehrte Produktion zu verbilligten Preisen zur Folge haben, andererseits eine Leistungssteigerung bei Mühsparung des Arbeitnehmers, eine Vermehrung seines Verdienstes und die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten herbeiführen. So schaffen wir trotz hoher Entlohnung niedrigere Produktionskosten und -preise, stärken den Inlandsmarkt, erobern den Weltmarkt wieder und gelangen auf diesem Wege wieder zu einer gesunden deutschen Wirtschaft.

Zu dieser gesunden Wirtschaft ist aber Voraussetzung, daß das nötige Vertrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder hergestellt wird. Die Initiative hierzu muß von den Arbeitgebern als der stärkeren Partei unbedingt ausgehen und sie können dies sehr gut, indem sie den Arbeitnehmern zur Erreichung ihrer ideellen Ziele behilflich sind. Ferner gehört hierher, daß die Arbeitgeber es nicht mehr ablehnen, ihre Leute bezüglich der Leistungsfähigkeit ihrer Unternehmen ins Vertrauen zu ziehen. Dann werden sich die Arbeitnehmer auch mehr und mehr mit ihrem Betriebe verwaschen fühlen, namentlich wenn sie auch wissen, daß von dem Wachsen und der Ertragssteigerung desselben die Höhe ihres Verdienstes abhängig ist. Alle Momente, die geeignet sind, das Mißtrauen der Arbeitnehmer zu erwecken, sollte daher der Arbeitgeber auf alle Fälle auszuschalten bemüht sein. Heute ist es leider noch vielfach der Fall, daß die Arbeitgeber auf dem Standpunkt stehen, der einzig richtige Lohn liege bei einem Existenzminimum oder bei den Reallohnen vor dem Kriege. Mit dieser Methode der Entlohnung kann natürlich weder der einzelne Betrieb noch die Volkswirtschaft weiter kommen, denn um einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen, ist es unbedingt nötig, bei hohen Löhnen die Lebensansprüche der Allgemeinheit zu steigern und dadurch für einen größeren Absatz zu sorgen. W. R.

Gegen den Zwedepessimismus!

Deutschlands Wirtschaftslage. — Rationelle Kapitalverwendung. — Nützliche Folgen der Rationalisierung. — Der Arbeitswille des deutschen Volkes. — Kapitalneubildung und Kaufkraftsteigerung.

— o — Der Halbjahresbericht der Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., einer halbstaatlichen Bank, die die Geldstelle der in der Biag=Vereinigte Industrieunternehmen Aktien-Gesellschaft zusammengefaßten staatlichen Werke ist, rückt nicht nur die sehr bedeutende Frage einer rationalen Kapitalverwendung in den Vordergrund (nach der Richtung hin, daß Kapitalneubildung und -verwendung sich eigentlich decken sollten), sondern bringt auch sonst eine Reihe bedeutender Angaben, die den derzeitigen Stand unserer Wirtschaft treffend zu beleuchten geeignet sind. Es sind nicht bloß e r n s t e Momente, welche diesen Stand kennzeichnen, sondern auch e r f r e u l i c h e, die zeigen, daß wir in der deutschen Wirtschaft wieder vorwärts

gekommen sind, und der grundsätzliche Wirtschaftspessimismus, wie er noch immer anzutreffen ist, nicht berechtigt ist.

An erster Stelle ist da zu verzeichnen, daß die Steigerung der industriellen Produktion, die bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zu beobachten war, Fortschritte gemacht hat. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß der Produktionsumfang in der ersten Hälfte des Jahres 1927 größer ist als jemals seit der Stabilisierung der Währung. Als wichtigste Symptome für die Produktionsentwicklung der Gesamtwirtschaft sind folgende zu verzeichnen: der Inlandsabsatz an Kohle hat von Januar bis März 1927 den Monatsdurchschnitt von 1913 um 1,8 bis 6,6 Prozent überschritten, um erst im April etwas zurückzugehen. Im Verhältnis zum Jahre 1925 liegt die arbeitstägliche elektrische Stromabgabe für den industriellen Kraftverbrauch von Januar bis April 1927 zwischen 3,5 und 8,8 Prozent höher. Der inländische Eisenverbrauch von Januar bis April 1927 hat sich von 1,24 Millionen Tonnen im Januar auf 1,47 Millionen Tonnen im Mai erhöht, und damit den Monatsdurchschnitt von 1925 von 1,08 Millionen Tonnen um rund 30 Prozent überstiegen. In der Maschinenindustrie ist von Januar bis Mai die Zahl der schlecht beschäftigten Betriebe von 50 auf 19 Prozent zurückgegangen. Gebäudenzugänge und Bauvorhaben sind in den vier Monaten bis April 1927 in den untersuchten Großstädten um fast 60 Prozent, in den Mittelstädten um fast 48 Prozent gegen die gleichen Monate des Jahres 1926 erhöht. Die Reichsbahn hat im Vergleich zu 1913 bis März 1927 die geleisteten Tonnenkilometer um 38,9, die Menge der beförderten Güter um 11,8 Prozent gesteigert. Die arbeitstägliche Wagenstellung liegt seit Februar dieses Jahres über dem Monatsdurchschnitt von 1913; im Mai wurde der Vorkriegsstand um rund 14 Prozent übertroffen. Dabei liegt der Anteil für Kohlentransporte niedriger als 1913.

Der Arbeitsmarkt! Hier hat die Zunahme der Beschäftigung, die nahezu überall festzustellen ist, zu einer bedeutenden Verminderung der Erwerbslosenzahl geführt, wobei stellenweise der Mangel an Facharbeitern hervorgetreten ist. Naturgemäß beruht ein Teil der Verminderung auf der saisonmäßigen Beanspruchung durch Bautätigkeit und Landwirtschaft. In den Fachverbänden waren im Januar 16,5 Prozent arbeitslos, im Mai 7,0 Prozent, 6,6 Prozent hatten im Januar Kurzarbeit, im Mai 2,9 Prozent. Die durch Betriebsverbesserungen und Produktionsrückgang im letzten Jahre freigesetzten Arbeiter haben zum größten Teil wieder Erwerb gefunden. Diese Tatsache verdient umso größere Beachtung, als sich im heutigen Deutschland nicht weniger als in dem gleichen Gebiete im Jahre 1913. Der Zuwachs an Erwerbstätigen ist mit 14 Prozent relativ größer als der Zuwachs der Bevölkerung mit 5 Proz. Damit erfährt die auch von uns immer wieder aufgestellte These ihre Bestätigung, daß die Rationalisierung zwar zeitweise die Arbeitsmöglichkeit verschiebt; aber sie bedeutet keineswegs dauernde Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, sondern umgekehrt Vergrößerung der Massenkaukraft, damit zugleich der Arbeitsmöglichkeit und Wiedereinschaltung der Erwerbslosen in den Erzeugungsprozess. Sehr bemerkenswert ist auch die Feststellung, daß der Verlust an Arbeitsstunden, der durch Streik und Arbeitskämpfe im ersten Halbjahr 1927 entstanden ist, geringer ist als

vor dem Kriege. Er beträgt nur einen Bruchteil der Verluste, die durch Erwerbslosigkeit entstanden sind. „Der Arbeitswille des deutschen Volkes ist, so wird daraus gefolgert, offenbar groß. Diese Tatsache weist auf eines der wichtigsten Aktioen der Volkswirtschaft hin. Sie zeigt an, wie stark das Streben ist, den Verlust an Kapital durch Erhöhung der Arbeitsleistungen wettzumachen.“

„Wie sehr auch die Produktion gestiegen sein mag, so sind doch Anzeichen dafür vorhanden, daß in diesem ersten halben Jahre der Absatz die Produktion noch übertrifft.“ So kennzeichnet die Reichskredit A.-G. die Absatzentwicklung. Wie die Entwicklung der Handelsbilanz zeigt, überstieg die Einfuhr monatlich die Ausfuhr um mehrere hundert Millionen, so daß im gesamten ersten Halbjahr ein Überschuss der Einfuhr über die Ausfuhr von etwa 1 1/2 Milliarden eingetreten sein dürfte. Auf dem Inlandmarkt haben, wenn vielleicht auch nur vorübergehend, mehr Waren Aufnahme gefunden, als die deutsche Produktion lieferte. Der Massenverbrauch, auch an Fleisch, ist gestiegen, aber auch der Luxusverbrauch. Die Preise für Konsumgüter gingen schneller in die Höhe als die für Produktionsmittel. Soweit Produktion und Einfuhrüberschuss nicht durch Verbrauch in Anspruch genommen worden sind, müssen sie im Inlande, sei es zur Vorratsbildung, sei es zur Investition im Wohnungsbau oder in Produktionsanlagen, Verwendung gefunden haben.

Die eben erwähnte Rationalisierung zeigt nicht nur in dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ihre Früchte, sondern auch in einer Steigerung der Arbeitsleistungen. Im Verhältnis zu 1913 ist z. B. der Schichtförderanteil pro Kopf der Kohlenhauer an der Ruhr im Monatsdurchschnitt für März 1927 um 31,9 Prozent, pro Kopf der Gesamtbelegschaft um 19,5 Prozent gestiegen, während die Belegschaftszahl selbst bis März 1927 gegenüber 1913 um 1,9 Prozent, im April um 2,8 Prozent zurückgegangen ist. In der Eisenhüttenindustrie hat sich gegen den Monatsdurchschnitt 1925 im Mai 1927 die Tagesleistung je Arbeiter um 55,7 Prozent bei der Hochofenproduktion und um 56,9 Prozent bei der Rohstahlproduktion erhöht. In der Maschinenindustrie hat die Rationalisierung dazu geführt, daß im letzten Vierteljahr 1926 der Versand pro Kopf um 48 Prozent höher lag als im ersten Vierteljahr 1926. Aus alledem wird gefolgert, „daß die Steigerung der Produktivität bei den führenden Industrieunternehmen unverkennbar“ ist. Daß aber die Wirkung dieser Produktivitätssteigerung bald zutage treten wird, darin ist die Reichskredit A.-G. allerdings skeptischer. Sie schätzt die Konkurrenzfähigkeit des Auslandes ebenso hoch ein, wie die im Jahre 1927 besonders deutlich gewordenen Schwierigkeiten auf handelspolitischem Gebiete für den europäischen Markt, auf dem Deutschland drei Viertel seines Exportes absetzt. Es stehe deshalb noch dahin, ob die Ertragssteigerung in der Industrie schon in den nächsten Monaten das Verhältnis zwischen Kapitalangebot und Kapitalnachfrage bessern könne.

Danach sowie entsprechend dem Sinn der sonstigen Ausführungen der Reichskreditgesellschaft ist eine weitere Kapitalbildung das Hauptgebot der Stunde. Dem stimmen auch die Arbeitnehmer zu, vertreten daneben aber die Auffassung, daß ebenso wichtig die Stärkung der Kaufkraft

Heinzelmännchen.

Kennst von den Heinzelmännchen das Märchen?
O, es ist nicht ein Märchen nur.
Heut noch schaffen sie munter und rüstig,
Ewig jung nach der Weltenuhr.

Fremdiger Mut macht zehnfach die Hände,
Großer Wille schweift Fählern die Kraft,
Eust und Eifer macht Mühen geringer,
Liebe zum Werke das Glück dir schafft!

G. R.

Das deutsche Volk im eigenen Spiegel.

Selbstporträts gehören selten zu den wohlgegangenen, es sei denn, daß sie durch ihren Humor die Wahrheit ausdrücken und dadurch allerdings auf hohes Lob Anspruch machen können. Ernst gemeint und dabei gewöhnlich schwermütig gehaltene Selbstporträts lassen auf die Eitelkeit des Autors schließen, die unsympathisch wirkt. Im Porträt anderer darf und soll der Künstler die Wahrheit idealisieren und damit etwas verschönern. Ähnlich ist es mit den Sprüchen, in denen das Volk sich selbst abkauterzeit oder seine Landesbrüder in ihrem Charakter gutmütig anerkennt oder schalkhaft verspottet. Sprüche, auf sich selbst gemünzt, enthalten immer Selbstironie, solche auf die Gewohnen anderer Stämme brüderlichen, gutgemeinten Scherz oder auch bewunderndes Lob. Unter diesen Gesichtspunkten beachte man die folgenden Sprüche:

Der Berliner karikiert sich in folgenden Worten:

Berliner Kind,
Spandauer Wind,
Charlottenburger Pferd,
Sind alle nichts wert.

Sein Bewußtsein als Reichshauptstädter spricht schalkhaft durch, in Anlehnung an ein älteres Wort:

Wer den Berliner nicht ehrt,
Ist des Reiches nicht wert.

Gut schneiden im Volksmund die überall wegen ihres fröhlichen Übermutes geschätzten Rheinländer ab:

Rheinisch Blut
Ist Weines Blut,
So golden, feurig, froh,
Mal schwer, mal leicht, oho,
Doch immer ist es gut!

Trinklustig sind auch die Leute an der Wasserkante, die Bewohner der feuchten, kühlen Küste; doch brauchen sie scheinbar herberen, wärmeren Trank:

An der feuchten Waterkant
Ist das Wasser kaum bekannt,
Wenn man, was der Grog genannt,
Sich bereitet mit Verstand.

Wer einmal bei den Friesen oder Ostpreußen war, weiß, daß man dort auch im Sommer reichlich heißen heißen Grog trinkt. Fragt man, was es denn dann im Winter gebe, so hört man: „Biel Grog!“

Schlecht kommen die Bayern weg, die sich ihren Vers gewiß nicht selbst gebildet haben:

Mit einem groben Bayern
Ist Rischensessen schlecht,
Er spricht den Kern dir ins Gesicht
Und glaubt, das war' so recht.

Auch das bayerische Nürnberg ist viel verspottet worden mit den Worten:

Die Nürnberger hängen keinen,
Sie hätten ihn denn.

Dieser Spruch beruht auf einem mittelalterlichen wahren Vorkommnis, wo den Nürnberger ein verurteilter Dieb

zu guter Letzt entwischt.
Das freundliche Thüringen-Sachsen scheint schon immer

auch schmucke Menschen, besonders Mädchen, hervorgebracht zu haben.

Kennst die blanken Städtchen
In dem hellen Sachsen,
Wo die schmucken Mädchen
Auf den Straßen wachsen?

Der immer ernste und erfolglichere Westfale wird auch bewundernd nur ernst genommen:

Eisen birgt die rote Erde,
Wohl zum Schwert und Pfluge gut;
Und dem Mann, der ihr entwächst,
Gibt sie Eisen in das Blut.

Der Hamburger ist seit der Hansezeit Kaufmann, und hat eine weltmännische Ader und Gewandtheit, die an den Engländer erinnert.

Hamburger Kaufmannsart
Aus England importiert ward.

Seit jeher sind in Deutschland die Schilddinger und die Schwaben wegen ihrer Streiche viel belacht und bespottet worden. Wer kennt nicht „Die sieben Schwaben“ und die „Schwäbische Kunde“? Doch sind gerade aus Schwaben für Deutschland viele helle Sterne aufgegangen, wie Schiller, Uhland, Hauff, Mörike und viele andere. Wie ist das möglich?

Wohl mit vierzig Jahren
Wird der Schwabe erst gelehrt,
Aber dann denkt er am Tage,
Was der Preuß' in Jahreszeit.

Wer hätt' die „Röschchen Jungs“ nicht gern?
Röschisch Wasser und Kölner Besuch
Stehen im besten Geruch.

Recht wenig gut schneiden die Schlesier ab, die gewiß besser als ihr Ruf sind.

Schlesiens Sinn und Treu
Wiegt wie im Sturm die Spreu.

Das mag ein dort treulos Verlassener in seinem Grimm
ausgerufen und verdrätet haben.
G. R.

der breiten Massen ist, um den Absatz wieder stärker in Fluss zu bringen und die Erzeugung auf einen hohen Stand, die Arbeitslosigkeit in möglichst engen Grenzen zu halten. Hier gehen die Meinungen auseinander. Im übrigen aber ist auch der neueste Bericht der Reichskreditgesellschaft wieder ein vollgewichtiges Zeugnis dafür, daß die Wirtschaft wieder nach voller Gesundung strebt, und daß auch die Arbeitnehmer ihr Bestes hergegeben haben, um diesem Ziele wieder nahe zu kommen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 17. bis 23. Juli 1927 der 29. Wochenbeitrag im Jahre 1927 fällig ist.

Abrechnung für das 2. Vierteljahr 1927. Diejenigen Zahlstellen, die ihre Abrechnung noch nicht gemacht haben, werden um möglichst sofortige Fertigstellung gebeten.

Lohn- und Tarifbewegung.

Büsten-, Pinsel- und Bleistiftindustrie.

Wegen der Bezahlung der Mehrarbeit auf Grund des § 6 a des Arbeitszeitgesetzes fanden am Freitag, den 8. Juli in Nürnberg Verhandlungen mit dem Verbande der Bleistift- und Pinselabrikanten statt.

Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde vom Landeslichter folgende Entscheidung gefällt:

1. Mit Wirkung ab 1. Juli 1927 werden die Zuschläge für die tarifliche Mehrarbeit wie folgt festgesetzt:

- a) Für die Mehrarbeit von der 49. bis 51. Stunde (§ 9 des Tarifvertrages) pro Stunde auf 15 Prozent.
- b) Für die Überstunden nach §§ 11 und 12 des Tarifvertrages pro Stunde auf 25 Prozent.
- c) Für Nacht- und Sonntagsarbeit (§§ 11 und 12) pro Stunde auf 50 Prozent.

2. Vorstehende Regelung gilt für die Dauer der 3. Jt. gültigen tariflichen Lohnregelung.

Rammfabriken, Firma Oechler & Sohn, Weissenburg und Ansbach.

Wegen der Regelung der Mehrarbeit auf Grund des Arbeitszeitgesetzes fanden mit der Firma Oechler & Sohn ins Ansbach Verhandlungen statt, die aber zu keiner Verständigung führten. Es mußte daher am Donnerstag, den 7. Juli in dieser Sache vor dem Landeslichter verhandelt werden.

Dieser setzte durch Entscheidung fest, daß die Überstundenzuschläge für die 49. bis einschl. 52. Stunde 15 Prozent, für die 53. bis einschl. 54. Stunde 20 Prozent des zuständigen Stundenlohnes betragen. Die Regelung gilt bis zum 15. März 1928.

Berichte aus den Zahlstellen.

Koblentz. Aus unserer Jugendgruppe. Festtag war's, am 19. Juni. Unseren Wimpel galt es zu weihen. Dazu eine Ausstellung unserer Kursarbeiten. Freudig begrüßen konnten wir viele Eltern unserer Mitglieder. Auch viele Freunde wollten an dem Abend nicht fehlen. Vorweg sei es gesagt, ein schöner Abend war's. Jugendführer Dillmann grüßte alle auf das herzlichste. Knapp und klar zeigte er die Bedeutung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. Die ausgestellten Arbeiten bekräftigten seine Ausführungen auf das Beste. Sie ließen einen Blick tun in das Schaffen und Wirken unserer Gruppe. Unser jugendlicher Vorsitzende sprach ebenfalls freundliche Begrüßungsworte.

Kollege Meier, Düsseldorf hielt die Festansprache. Er wies darauf hin, daß die ganze Veranstaltung zeige, daß Wertvolles geschaffen sei. Dies trafe sowohl für das Gebiet des Fachlichen wie auch für die Erziehung und Bildung zu. Wer die Verhältnisse auf dem Gebiete der Berufsausbildungswesen kenne, dem sei es klar, daß zur Hebung der ganz offensichtlichen Mängel alles getan werden müsse, um eine Besserung zu erzielen. Einfach untragbar sei es auf die Dauer, daß die Behörden und Arbeitgeber die paritätische Ausgestaltung der Handels- und Handwerkskammern ablehnen. Die Gewerkschaften als Vertreter der Eltern der sich in der Berufsausbildung Befindlichen, müssen ein Recht der Kontrolle der Lehrverhältnisse haben. Trotz aller schönen Reden sei es Tatsache, daß sehr viele Arbeitgeber die Berufsausbildung als eine gute Verdienstquelle ansehen und weniger Gewicht auf eine gute Ausbildung legen. Die Arbeiterorganisationen können einfach nicht zusehen, wie die Existenz so vieler junger Menschen auf das Spiel gesetzt werde. Aber nicht nur für die materielle Zukunft der jungen Menschen wollen wir uns als Gewerkschaften durch Einrichtung von Kursen usw. einsetzen, nein, auch die Pflege des Geistes, der Sitte und Moral liegt uns sehr am Herzen. Was wir wollen, sind berufstätige an Körper und Geist gesunde junge Menschen. Wir wollen dem jungen, in der Zeit der Reife sich befindlichen Menschen Kraft geben, ihn schützen vor den Gefahren in den Betrieben. In den jungen Menschen Verständnis wecken für den Sinn und Zweck des Lebens. Gesunde urwüchsige Freude soll der junge Mensch kennen lernen. Dann auch ist die Einführung in das staatsbürgerliche und wirtschaftliche Leben notwendig. Reif werden sollen die jungen Menschen zur klaren Urteilsbildung. Auch

die Jugend muß die Sorge um den Volksstaat kennen, in dem kein Glied verkümmern darf. Aufgabe der heute noch jungen Menschen wird einst sein, eine neue Wirtschafts- und Volksordnung zu schaffen. Ihre hohe sittliche Kraft muß sich übertragen auf alle Volksgenossen, um das Ziel einer wahren Volksgemeinschaft zu erreichen.

An die Jugend übermittelte Redner die Grüße der Düsseldorfer Jugendgruppe, die sich freue, daß es auch in der Jugendbewegung am Oberrhein vorwärts gehe. Der neue Wimpel soll der Koblenzer Holzarbeiterjugend Leitstern in der Zukunft sein. Selten muß er ihr als heiliges Symbol. Um ihn soll die Jugend sich scharen in Einigkeit und Geschlossenheit. Kraft und Stärke soll sie von ihm erhalten in den Tagen der Not, wenn sich die Schwierigkeiten türmen. Der Wimpel muß auch sein ein Symbol der Treue, die jeder einzelne zu halten verpflichtet ist. Aufzurichten soll sich die Jugend an dem Symbol im Kampfe um das Recht und die Freiheit für den Arbeiterstand. Von ihm aus soll jeder Stärkung in dem Glauben an die sieghafte Idee unserer Bewegung empfangen. Das Banner möge der Jugend Wegweiser sein auf dem Wege durch die Finsternis der heutigen Zeit in die Helle des zukunftsreichen Morgens. Die Hoffnung auf die Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln und Not der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse soll sich an dem Banner entzündend. Der Koblenzer Holzarbeiterjugend muß das Banner sein die Verkörperung der christlichen Gewerkschaftsidee, muß sein der Inbegriff des reinen und starken Willens unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Dies Banner muß rein bleiben und muß von jedem Glied der Gruppe in hohen Ehren gehalten werden. Vor allem muß auch jeder bestrebt sein, die Gruppe zu stärken und ihr immer neue Mitglieder zuzuführen. Auch für die Koblenzer Holzarbeiterjugend wird einstens der Tag kommen, wo sie auf sich selbst, auf ihre Kraft gestützt, die Bewegung allein



Unsere Jugendheimlotterie.

Unsere Jugendheimlotterie ist in vollem Gange. Ein Teil unserer Sekretariate und Ortsgruppen ist sehr rege im Vertrieb der Lose. Es stehen aber immer noch sehr viele abseits, die den hohen Zweck und die große Bedeutung der Lotterie für die Erhaltung und Durchschulung unserer Jugend noch nicht begriffen haben. Und doch kommt es auf jeden einzelnen an. Wenn alle mit anpacken, ist der Absatz der Lose gesichert. Wer untätig beiseite steht, macht sich mitschuldig, wenn der Lotterie nicht ein voller Erfolg beschieden sein sollte. Bestellt noch heute die notwendige Anzahl Lose beim Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Abteilung Jugend, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Auch die, welche ihre Lose bereits abgesetzt haben, dürfen nicht rasten und ruhen, bis das letzte Los abgesetzt ist. Auch sie mögen umgehend neue Lose anfordern. Ihr habt niemals Arbeit und Opfer geschenkt, wenn es galt, einer guten Sache zu dienen. Wir vertrauen auch diesmal auf Euch. Es darf in Kürze kein Mitglied der christlichen Gewerkschaften mehr geben, das nicht im Besitze wenigstens eines Jugendheimloses ist.

Darum kauft und verkauft Jugendheimlose!



vormwärts tragen muß. Eine große Verantwortung wird dieses sein, denn das Schicksal des Arbeiterstandes ist damit in ihre Hand gelegt. Ziel jedes aufrechten, christlichen Jugendgewerkschaftlers muß es sein, die Zukunft der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu sichern zum Heil und Segen für den sich in Bedrückung und Not befindlichen Arbeiterstand. Für dieses Ziel muß die Jugend kämpfen mit der der Jugend eigenen Begeisterung und ihrem Temperament, und der Sieg wird sich an ihre Fahne heften.

Reicher Beifall lohnte den Redner. Der gemütliche Teil brachte noch einige heitere Theaterstücke, die von den Mitgliedern der Jugendgruppe mit gutem Erfolg gegeben wurden. Auch die Musikkapelle des Junglingsvereins trug durch gut gespielte Weisen viel zu dem Gelingen des Abends bei. Kollege van Beek würdigte noch ganz besonders die hohen Verdienste des Jugendleiters Kollegen Dillmann. Keine Mühe sei ihm zu groß, kein Weg zu weit. Möge Kollege Dillmann in seinem Wirken noch viele Nachfolger in anderen Orten finden. Nicht unerwähnt soll auch bleiben die Anerkennung, die der städtische Jugendpfleger dem Wirken der Jugendgruppe ausgesprochen hat.

Möge allen jugendlichen Teilnehmern der Abend unvergänglich bleiben. Kraftvoll möge unsere Koblenzer Jungmannschaft sich einsetzen für die weitere Stärkung der Gruppe und Verbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens.

Konferenz der Verwaltungsstelle Duisburg. Am Sonntag, den 10. Juli fand in Duisburg im kath. Arbeiterheim eine Verwaltungsstellenkonferenz statt, an der auch Kollege Stedem vom Zentralvorstand teilnahm. Die Konferenz wurde vom Vorsitzenden der Duisburger Zahlstelle eröffnet und geleitet. Wir konnten dabei auch Kollegen aus dem Weseler Bezirk begrüßen. Der Geschäftsführer Kollege Trippelsdorf gab eingangs einen eingehenden Bericht über die Entwicklung der Verwaltungsstelle im 2. Vierteljahr und stellte fest, daß in einigen Zahlstellen die Verbandsmäßigkeit, Mitgliedererwerbung, Jugendbewegung, Beiträge usw. sich nicht so gestaltet habe, wie man dies entsprechend der besseren Wirtschaftslage hätte erwarten können. Andere Zahlstellen hätten den Ernst der Situation besser erkannt, wie die Mitgliederzunahme, Jugendgewinnung, Durchführung der tariflichen Bestimmungen etc. zeige. Im allgemeinen könne man aber sagen, daß es wieder voran gehe. Die sich an den Bericht anschließende Aussprache zeigte auf Sachen hin, die doch zu denken geben. So wurde allseitig darüber diskutiert, wie die jungen Kollegen nach Beendigung der Lehrzeit behandelt werden. Sofern sie nicht für ein Pfadengericht weiter arbeiten wollen, werden sie vom Lehrherrn einfach auf die Straße gesetzt. Anderswo können sie nicht unterkommen, es sei denn, daß

sie bereit sind, für einen weit unter dem Tarif liegenden Lohn und bei langer Arbeitszeit, zu arbeiten. Aus dem Gebiete der Lehrlingsausbildung wurden Fälle angeführt, wo junge Leute, die 4-5 Jahre Lehrling spielen mußten, trotz dieser überaus langen Lehrzeit vom Handwerk bitterwenig mitbekommen hätten. Dies würde dann immer auf die Interessenlosigkeit dieser jungen Leute zurückgeführt. Es ist doch ein nicht mehr gut zu machendes Unrecht an einem jungen Menschen, ihn eine solche Zeit an einen Beruf zu ketten, wenn er sich dazu nicht eignet. Allerdings wird die sog. Interessenlosigkeit des Lehrlings meist auf das Können des Lehrherrn ein eigenartiges Licht. In vielen Fällen stellt sich heraus, daß diese jungen Leute, wenn sie das Glück haben in die richtigen Hände zu kommen, in kurzer Zeit brauchbare Glieder des Gewerbes werden. Einig war man sich darin, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hingearbeitet werden muß, das Recht des Verbandes auf Mitarbeit an der Ausbildung des Nachwuchses im Gewerbe zu erhalten. Es wurde bei dieser Erörterung scharf herausgestellt, daß Lehrjahre bekanntlich keine Herrenjahre seien und dieser Grundsatz auch von uns anerkannt werde. Aber auch der werdende Mensch verdient in seiner Lehrzeit als Mensch behandelt und bewertet zu werden. Die Konferenz gab sich das Versprechen, darüber zu wachen, daß die Lehrlingsausbildung so vor sich gehe, wie es im wirklichen Interesse des Lehrlings wie auch des Gewerbes liege und einer Lehrlingsausbildung, die diesen Grundsätzen zuwider laufe, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu treten.

Bei Behandlung der Werbearbeit wurde über die große Gleichgültigkeit sehr vieler Kollegen geklagt. Ein Teil der in der Maschinenindustrie beschäftigten Kollegen hat scheinbar durch die dort herrschenden Arbeitsverhältnisse, den Glauben an sich selbst verloren, ein anderer Teil glaubt ohne die gewerkschaftliche Selbsthilfe durchkommen zu können.

Kollege Stedem behandelte in eingehender Weise die Lage des Verbandes und ging dann auch auf die in der Aussprache erörterten Fragen ein. Er wies darauf hin, daß die Vorgänge in der Kölner Metallindustrie ein sehr lehrreiches Beispiel dafür sei, wo wir als Arbeiter hinkommen, wenn wir keine starken wirtschaftlichen Berufsorganisationen haben. Nicht nur um ein paar Pfennige Lohn mehr oder weniger handelte es sich in unserem Kampfe, sondern um unsere Gleichstellung und Gleichberechtigung in der Wirtschaft, im öffentlichen, wie auch im gesellschaftlichen Leben.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde dann noch auf die im August stattfindende Reichskonferenz des Verbandes hingewiesen. u. a. soll auch über die Einführung einer Invalidenversicherung beraten werden. Kollege Stedem gab über die Beratungspunkte der Konferenz noch einige Aufklärungen. Dem Vorschlag des Geschäftsführers als Delegierten, für diese Konferenz einen Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zu bestimmen, wurde dahingehend entsprochen, daß der Kollege A. Betten-Duisburg als Delegierter gewählt wurde.

In seinem Schlusswort faßte der Geschäftsführer nochmals das in der Konferenz Erörterte zusammen und ermahnte die Kollegen treu zur Sache zu stehen und sich durch keine Wiederwärtigkeiten, mögen sie herkommen woher sie wollen, in ihrer Verbandsarbeit beirren zu lassen, denn nur durch treues und vertrauensvolles Zusammenarbeiten sei es möglich, die im Verbands gesteckten Ziele zu erreichen.

Duisburg. Seit einiger Zeit herrscht auch in der Fachgruppe der Polsterer und Tapezierer in Duisburg wieder ein regeres Leben, da auch die alten Kollegen aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht sind. Dies zeigte so richtig die letzte Versammlung der Fachgruppe am Freitag, den 10. v. Mts., die im kath. Gesellenhaus stattfand. Der Kollege Brenneke als Vorsitzender dieser Gruppe konnte daher auch eine Anzahl junger wie älterer Fachgenossen begrüßen, und nachdem einige geschäftliche Sachen erledigt waren, erhielt der Kollege Trippelsdorf das Wort zu seinem Vortrag über das neue Arbeitsgerichtsgesetz. Redner schilderte den Werdegang des Gesetzes, die Rechtsprechung an den bisherigen Arbeitsgerichten, und wie auf Grund der Bestimmungen des neuen Gesetzes bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis in Zukunft verfahren werden muß unter besonderer Berücksichtigung der handwerkertlichen Betriebe. Eine rege Aussprache schloß sich diesen Ausführungen an, die sich darin verdichtete, daß der Zweck dieses Gesetzes am besten durchgeführt werde, wenn in allen Betrieben und Werkstätten tarifvertragliche Verhältnisse herrschen und restlos durchgeführt werden. Dies sei aber nur möglich, wenn auch der letzte Kollege voll und ganz Gewerkschaftler ist. Es müsse die nächste Aufgabe der Organisation sein, unter den noch abseits stehenden Fachkollegen zu werben. Neben der persönlichen Werbearbeit, die in den nächsten Wochen in erhöhtem Maße vor sich gehen soll, soll demnächst dann auch eine größere Versammlung stattfinden, zu der der Kollege Krajewsky vom Zentralvorstand als Fachgenossen gebeten werden soll, um durch einen instruktiven, dem Gewerbe angepaßten Vortrag die Werbenotwendigkeit und die nicht zu entbehrende Verbandszugehörigkeit zu vertiefen und zu befestigen.

Storbefehl.

Johann Sander, Kreisjäger, Waktrop, Hugo Rack, Tischler, 48 Jahre, Gölitz, Maximil. Zimmer, Schreiner, 21 Jahre, Dudweiler, Katarina Hoher, Sägewerksarb., 55 Jahre, München. Ruhest in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Wie viele Gewerkschaftssekretäre haben wir in Deutschland?

Periodisch wird von interessierter Seite das Märchen von der unverhältnismäßig hohen Zahl der Gewerkschaftssekretäre aufgetischt. Je nach dem Publikum spricht man von Hunderttausenden solcher

„Fetzer“ und „Parasiten“. Noch jüngst begründete das Eisenwerk Eschirndorf in Niederschlesien eine Preiserhöhung mit der Verbeizung der 60 000 Gewerkschaftssekretäre, „die sich von Arbeitergroßchen mästeten, und die an sich zufriedenen Arbeiter in ewige Unruhe versetzten.“

Es müssen wirklich naive Gemüter sein, die einen derartigen Unsinn glauben. Ein kurzes, nüchternes Rechenexempel schon beweist das Gegenteil. Wir haben in Deutschland rund 6 Millionen Organisierte. Da die Gewerkschaftssekretäre, die an sich im allgemeinen nicht mehr verdienen als die von ihnen betreuten Arbeiter, auch unterhalten werden müssen, so entfallen auf einen Gewerkschaftssekretär mindestens 1000 Organisierte. Das ergäbe also im Höchstfalle für alle drei Gewerkschaftsrichtungen zusammen etwa 6000 Gewerkschaftssekretäre. Diese Zahl wird eher zu hoch als zu niedrig sein.

Rundschau.

Die Arbeitslosigkeit im Ausland.

In den meisten europäischen Ländern ist im Jahre 1927 eine zwar langsame, aber fortdauernde Abnahme der Arbeitslosigkeit festzustellen, mit Ausnahme von Belgien. England hatte im Januar 12,1 v. H., im Februar 10,9 v. H., im März 9,9 v. H. und im April 9,4 v. H. Erwerbslose. In Polen betragen die Zahlen im Januar 206 000, im Februar 213 000, im März 208 000 und im April 190 000, in Frankreich im Januar 73 100, im Februar 95 400, im März 86 200, im April 68 000 und im Mai 47 800. Die verhältnismäßig stärkste Arbeitslosigkeit haben immer noch Norwegen und Dänemark, Norwegen im April 22,4 v. H. Arbeitslose und Dänemark für April 23,6 v. H. und für Mai 20,1 v. H.

Die Konsumgenossenschaften im Lichte der Rationalisierung.

Auf dem 18. Genossenschaftstage des Reichsverbandes deutscher Konsumgenossenschaften am 26. und 27. Juni in Köln zeigte sich die enge Verbindung zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften schon rein äußerlich dadurch, daß hervorragende Führer der christlichen Gewerkschaften in ihren Begrüßungsreden betonten, daß die genossenschaftliche Arbeit die Arbeitnehmer zur Gleichberechtigung, zum Mitbesitz und zur Mitbestimmung in der Wirtschaft führe. Rein zahlenmäßig sank im Jahre 1926 die Zahl der Genossenschaften auf 1942 von 2126 im Jahre 1925. Von diesen sind im Reichsverbande 285 organisiert, im sozialistischen Zentralverbande 1090. Der unorganisierte Rest ist wirtschaftlich bedeutungslos. Während die Zahl der Genossenschaften zurückging, steigerte sich die Zahl der Mitglieder um 2,08 v. H. Der Reichsverband hatte in 1882 Verteilungsstellen 753 892 Mitglieder, und der Zentralverband in 8780 Verteilungsstellen 3 196 535 Mitglieder. Der Gesamtumsatz des Reichsverbandes erhöhte sich um 11 v. H., von 115 989 273 RM. auf 128 608 893 RM. Auch die Eigenproduktion hat zugenommen. Die Spareinlagen verdoppelten sich beinahe, von 9,7 Mill. RM. im Jahre 1925 auf 18,1 Millionen im Jahre 1926.

In bezug auf den Mitbesitz in der Wirtschaft wurde eine Entschließung angenommen, die im wesentlichen folgendes besagt:

„Die durch die wirtschaftliche Entwicklung gebotenen Zusammenballungen ungeheurer Kapitalien in der privaten Betrieben und Wirtschaftsorganisationen und das Zusammenfließen gewaltiger Wirtschaftsmächte in den Händen einzelner Führer der Wirtschaft bilden eine Gefahr für Volk und Vaterland, wenn nicht starke soziale und staatliche Hemmungen den Mißbrauch dieser Macht verhindern. Es ist Pflicht der Gesetzgebung, die Wege zu finden, die eine ausreichende Kontrolle der Kartelle, Trusts, Syndikate und Monopole unter Mitwirkung der Verbraucherschafft gewährleisten. Das beste Mittel, um eine soziale Entartung der Wirtschaft zu vermeiden, ist jedoch, die breiten Schichten der Arbeitnehmer in die Wirtschaft einzuordnen und ihnen Mitbesitz, Mitverwaltung und Mitverantwortung zu ermöglichen. Dieses Ziel des Mitbesitzes, der Mitverwaltung und der Mitverantwortung muß auf dem Wege der Gesetzgebung und der genossenschaftlichen Selbsthilfe er-

reicht werden. Die Genossenschaftsbewegung stellt den erfolgreichsten Weg dar, den breiten Schichten Mitbesitz, Mitverwaltung und Mitverantwortung in der Wirtschaft zu verschaffen. Sie hat sich schon als eine starke soziale Gestalterin der Wirtschaft erwiesen. Aus diesen Gründen erwächst für Staat und Volk die ernste Pflicht, die Konsumgenossenschaftsbewegung zu fördern, damit eine wahre Wirtschaftsdemokratie in Deutschland zur Tat wird.

Dr. Hirsch-Berlin machte interessante Ausführungen über „Rationalisierung und Konsumgenossenschaften“. Die Rationalisierungsbestrebungen hätten sich bisher nur in schwachem Ausmaße im Prozeß der Warenverteilung ausgewirkt. Während die Zahl der im Warenvertrieb tätigen Personen von 1907 bis 1925 um 50 v. H. zugenommen hätte, sei die Bevölkerung nur um ungefähr 10 v. H. gewachsen. So entfielen heute von 100 RM., die der Verbraucher ausgeben, allein auf die Verteilungsarbeit des Groß- und Kleinhandels 25—30 RM. auf Lebensmittel, 30—35 RM. auf Webstoffe und Schuhe, 40 bis 45 RM. auf Möbel und Einrichtungsgegenstände und 50 RM. auf Abzahlungskäufe. Ein derartig hoher Prozentsatz sei durch die unwirtschaftliche Art, in der in der heutigen Zeit Arbeitskraft und Kapital im Handel verwendet würde, bedingt.

Die Rationalisierung habe sich anfangs nach der Richtung ausgewirkt, daß neue Betriebsformen mit teilweise niedrigeren Kosten entstanden, und der einzelne Großbetrieb, der an einer Stelle als Warenhaus, Kaufhaus, Groß-Verlandgeschäft sich entwickelt hat, durch Zusammenfassung vieler bisher selbständiger Geschäfte durch Arbeitsteilung und Kostenverteilung eine günstige Entwicklung zu nehmen beabsichtigte, während die kleinen Betriebe durch die neuerdings stark zunehmenden Einkaufsgenossenschaften diese Vorrechte wirksam wettzumachen versucht hätten. Die Entwicklung scheine aber häufig in die geschlossene Großunternehmung einzumünden, die viele und immer mehr äußerlich selbständig bleibende Einzelgeschäfte in eine Oberleitung zusammenfaßt. Die entscheidende Umstellung in der Organisationsform der Warenverteilung sei durch das Massenfiliälsystem hervorgerufen, dessen älteste und bisher wirksamste Form durch die Konsumgenossenschaft gegeben wäre. In dieser Beziehung habe die Konsumgenossenschaftliche Bewegung bereits eine fortgeschrittene Rationalisierung durchgemacht, deren Endergebnisse aber noch längst nicht erreicht seien.

Die Notwendigkeit der Rationalisierung mache auch vor den Konsumvereinen nicht halt. Die Rationalisierung in der Warenverteilung sei heute fast noch wichtiger als die Rationalisierung in der Warenherstellung.

Aus dem gewerblichen Leben.

Preisunterbietung auf Grund untertariflicher Lohnzahlung ist unzulässiger Wettbewerb.

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß eine Berliner Bewachungsgesellschaft zur Unterlassung und zum Schadenersatz verurteilt worden war, weil diese ihre Angestellten unter dem für das Bewachungsgewerbe in der Stadtgemeinde Berlin für allgemeinverbindlich erklärten Lohnsatz entlohnte, und so in der Lage war, ihre Angebote so niedrig zu stellen, daß die tarifstreuen Gesellschaften außerstande waren, diese Angebote zu halten. Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt mit folgender Begründung:

„Mit Recht haben die Vorinstanzen das Vorgehen des Beklagten und damit die von ihm im gewerblichen Wettkampf verwendeten Kampfmittel für unsittlich erklärt. Der Beklagte kann nicht bestreiten, daß seine sehr viel niederen Preise zu einem sehr wesentlichen Teil nur durch die untertarifliche Entlohnung seiner Angestellten ermöglicht sind.

Der Beklagte handelt rechts- und vertragswidrig, wenn er seine Angestellten zu Sätzen unter dem für allgemein verbindlich erklärten Tarif beschäftigt. Daran vermöchte auch der Umstand nichts zu ändern, wenn die betroffenen Angestellten bei fortdauerndem Arbeitsverhältnis auf ihre jeweils verfällenen Ansprüche rechtswirksam verzichten könnten und rechtswirksam verzichtet hätten, wobei dahingestellt bleiben kann, ob ein solcher Verzicht im Einzelfall etwa um-

deswillen unverbindlich wäre, weil er unter der mehr oder weniger unerblickten Drohung der Kündigung zustande gekommen ist. Beklagter wertet demnach einen durch Rechts- und Vertragsbruch erlangten gewerblichen Vorteil, nämlich die erheblich niedrigeren Einstandspreise seiner gewerblichen Leistungen dazu aus, um sich vor den tarifstreuen Wettbewerbern mittels seiner so überhaupt erst ermöglichten sehr viel billigeren Vergütungsfähigkeit einen Vorsprung im gewerblichen Wettkampf zu sichern. Er nützt damit eben die rechtliche Bindung der tarifstreuen Firmen, deren er sich geflissentlich entschlägt, zu deren Schaden und seinem Vorteil aus. Ein Vorgehen dieser Art verstößt allerdings nach seinem Gesamtcharakter gegen die guten Sitten, und damit gegen § 1 Unl.W.G. und § 826 B.G.B. Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, daß die untertarifliche Entlohnung der Angestellten des Beklagten selbst an und für sich noch nicht sittenwidrig sein mag.“

Arbeitsrecht und Arbeiterrecht.

Anwartschaftszeit in der Erwerbslosenfürsorge.

Erwerbslosenunterstützung kann nur beziehen, wer in den letzten zwölf Monaten vor Eintritt der Unterstüßungsbedürftigkeit mindestens drei Monate hindurch eine krankensicherungsspflichtige, angestelltenversicherungspflichtige oder seemannische Beschäftigung ausgeübt hat. In die Zwölfmonatsfrist werden nach Nr. 1 der Verordnung zur Abänderung der vierten Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 27. Oktober 1926 (Reichsgesetzbl. I, S. 481) bestimmte Zeiten von kurzfristiger Arbeit, von Krankheit und von behördlicher Verwahrung nicht eingerechnet, d. h. die Frist wird um diese Zeit verlängert. Zu der Verlängerung können aber naturgemäß nur solche Zeiten verwandt werden, die innerhalb der zwölf Monate liegen. Denn sonst würde die Frist tatsächlich so gut wie beseitigt, weil wohl jeder Erwerbslose im Laufe seiner Arbeitnehmertätigkeit wiederholt Zeiten von kurzfristiger Arbeit oder von Krankheit durchmacht, die er alsdann sämtlich zur Verlängerung der Frist verwenden könnte. Es ist klar, daß das nicht die Absicht der Verordnung sein kann. Vielmehr sollen nur solche Zeiten außer Anlaß bleiben, die in die Zwölfmonatsfrist selbst fallen. Das ergibt sich schon aus dem Worte „einrechnen“.

Es kann aber auch nicht Aufgabe der Erwerbslosenfürsorge sein, Personen zu betreffen, die mit dem Arbeitsmarkt zuletzt so wenig Berührung gehabt haben, daß sie in zwei Jahren (Zwölfmonatsfrist zuzüglich ebensolanger Verlängerungszeit) hintereinander oder mit Pausen nicht einmal drei Monate lang eine krankensicherungsspflichtige, angestelltenversicherungspflichtige oder seemannische Beschäftigung nachweisen können. N. R. VI meines Rundschreibens vom 28. Dezember 1926 — IV 15 886/26; (Reichsarb.-Bl. 1927, S. I 1) enthält deshalb keine unzulässige Einschränkung der anfangs erwähnten Abänderungsverordnung.

(Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 9. April 1927 — IV 3761/27 — an den württembergischen Wirtschaftsminister.)

Streikbekämpfung durch einstweilige Verfügung.

Das Landgericht Hamburg hat der Klage streikierter Textilindustrieller stattgegeben und am 29. April d. J. eine einstweilige Verfügung erlassen, worin dem sozialistischen Textilarbeiterverband unter Androhung einer für jeden Einzelfall festzusetzenden Strafe aufgegeben wird, den Streik in keiner Weise zu unterstützen. Als Unterstützung betrachtet das Gericht u. a.: Anweisungen an die Streikleitung, Unterstützung des Streikpostenstehens, Gewährung von Streikunterstützung an streikende Mitglieder.

Lieft man derartiges, so fragt man sich, ob man im Jahre 1850 oder 1927 lebt. Nicht minder wird die Frage aufgeworfen, ob ein Gericht verpflichtet ist, das Ansehen der deutschen Rechtsprechung zu schädigen.

Bücher und Schriften

bezieht der christliche Gewerkschafter durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Für mittlere Schreiner-Maschinenbetrieb im Industriegebiet wird tüchtiger

Werlmeister

gesucht.

Zur wüchternen, im Zureifen und Bedienen der Maschinen absolut sichere Fachleute kommen in Frage. Alter ca. 40 Jahre angenehm.

Bewerber wollen ihre Zettel nebst Abschrift von Zeugnissen etc. an die Geschäftsstelle des Verbandes senden.

Für Unterstützung unseres Schreinermeisters wird ein zuverlässiger

Vorarbeiter

oder

Schreinermeister

zum baldigen Eintritt gesucht. Derselbe muß in allen Bauarbeiten einseh. beßeren Jannausbau durchaus erfahren sein und über energisches und zielbewusstes Auftreten verfügen.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Forderung der Bezüge erbiten

Sotfried Projan, S. m. b. H. Ben. Schift u. Dampfmaschinen, Dalsbura

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe

ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtsstrebenden Tischler.

Der Bezugspreis

ist vierteljährlich 2.— Mark.

Bestellungen sind an die Geschäftsstelle unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst, Benloerwall 9 zu richten.

Bekanntmachung.

Auf Beschluß der Generalversammlung vom 21. Mai l. J. hat sich die Genossenschaftliche Bürstenfabrik e. S. m. b. H. in Ramberg-Pfalz aufgelöst.

Die Gläubiger werden hiermit aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Ramberg i. Pfalz, den 25. Juni 1927. Genossenschaftliche Bürstenfabrik e. S. m. b. H. in Liquidation in Ramberg die Liquidatoren:

E. Weißgerber Mich. Wagner VL